



AVRUPA DEMOKRATİK KADIN HAREKETİ
DEMOCRATIC WOMEN MOVEMENT in EUROPE
DEMOKRATİSKE FRAUENBEWEGUNG in EUROPA
TEVGERA JINÊN DEMOKRATÎK li EWROPAYÊ
MOUVEMENT DEMOCRATIQUE des FEMMES en EUROPEA

Web sitesi: www.adkh.org, Facebook: ADHK-Avrupa Demokratik Kadın Hareketi, Twitter: ADKH (@ADKH)

14. Juni Frauenstreik und Frauenkämpfe in der Schweiz

Ein Blick in die Geschichte der Schweiz zeigt, dass die Verwaltungsstruktur seit jeher traditionell, konservativ und männerdominiert geprägt ist, was bis heute so geblieben ist. Die patriarchalische und männlich geprägte Staatsform ist in der Schweiz stärker und dauerhafter spürbar als in vielen anderen europäischen Ländern. Was die Gleichstellung der Geschlechter angeht, hinkt die Schweiz anderen westlichen Ländern hinterher: Frauen sind in der Politik unterrepräsentiert und haben nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Was sind also die Gründe für diese Situation?

Dazu gehört vor allem die Tatsache, dass die Frauen in der Schweiz das Wahlrecht zu spät erhalten haben. Während in Deutschland und vor allem in den skandinavischen Ländern die Frauen schon seit mehr als einem Jahrhundert wählen dürfen, erhielten sie in der Schweiz erst vor 50 Jahren das volle Bürgerrecht. In einigen Kantonen erhielten die Frauen ihre Bürgerrechte sogar noch später. Andere europäische Länder haben die Rechte der Frauen viel schneller durchgesetzt, z. B. durch die Legalisierung der Abtreibung, des Mutterschaftsurlaubs und des Elternurlaubs. Die Tatsache, dass diese Gesetze die Gleichberechtigung der Frauen fördern, ist ein weiterer Faktor, der zum Rückstand der Schweiz beiträgt. Während andere Länder damit begonnen haben, Quoten einzuführen, um die Beteiligung von Frauen in Politik und Wirtschaft zu erhöhen, hinkt die Schweiz immer noch hinterher. So wurde beispielsweise in vielen europäischen Parlamenten der Anteil der Frauen durch die Einführung von Frauenquoten erhöht. In der Wirtschaft hat Norwegen 2003 eine 40-Prozent-Quote für Frauen in den Verwaltungsräten von öffentlichen Unternehmen eingeführt.

Diese Beispiele können als Fortschritte in Bezug auf die Rechte der Frauen betrachtet werden, aber es wäre irreführend zu behaupten, dass die Gleichstellung von Frauen und

Männern in diesen Ländern vollständig erreicht wurde. Besonders auffällig ist die Situation in der Schweiz. Warum ist die Schweiz, ein sehr wohlhabendes und entwickeltes Land, in Sachen Frauenrechte so weit zurück? Es zeigt, dass der Kapitalismus hier anders funktioniert und die Frauen und die Arbeiter:innenschicht in vielen Bereichen der Gesellschaft immer noch unterdrückt werden. Aus diesem Grund verläuft der Frauenkampf in der Schweiz anders als in anderen Ländern, was den Fortschritt bremst.

Die faktische Gleichstellung im Alltag ist noch nicht erreicht. Stereotype soziale Rollenbilder sind für Frauen immer noch vorherrschend, so fällt beispielsweise der Großteil der Hausarbeit und der unbezahlten Arbeit in der Familie auf die Schultern der Frauen. Darüber hinaus ist das Armutsrisiko für Frauen wesentlich höher als für Männer.

Mit der Ratifizierung des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau hat sich die Schweiz verpflichtet, die Diskriminierung der Frau zu beenden. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention im Jahr 2017 hat sie sich zudem verpflichtet, Massnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Förderung der Frauenrechte zu ergreifen. Bei der Bekämpfung von Gewalt gibt es jedoch noch Lücken. Errungenschaften wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Gleichstellungsbüros sind durch die Sparpolitik der lokalen Regierungen bedroht und werden oft nicht ausreichend unterstützt.

Der Kampf um die Rechte der Frauen in der Schweiz ist nach jahrelangen Bemühungen an einem wichtigen Punkt angelangt. Die Tatsache, dass das Recht auf Abtreibung wieder in Frage gestellt wird, die Lohngleichheit immer noch nicht gewährleistet ist und das Ausmaß der sexuellen Gewalt nicht ans Licht gekommen ist, zeigt jedoch, dass der Kampf für die Rechte der Frauen noch nicht beendet ist. In diesem Zusammenhang ist es klar, dass die Frauen in der Schweiz für mehr Gleichberechtigung und Rechte kämpfen müssen.

In der Schweiz lebende Migrantinnen, vor allem solche mit geringem Einkommen und unzureichenden Sozialleistungen, sind mit noch größeren Schwierigkeiten konfrontiert. Sie haben nicht nur mit geschlechtsspezifischer Ungleichheit zu kämpfen, sondern auch mit ethnischer und kultureller Diskriminierung. Die Erwerbsbeteiligung von Migrantinnen konzentriert sich häufig auf Arbeitsplätze mit niedrigem Einkommen, oft in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen. Dies birgt die Gefahr, dass sie keine wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen, und schafft weitere Hindernisse für die Gleichstellung der Geschlechter.

Migrantinnen haben aufgrund von Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden ebenfalls große Schwierigkeiten, sich in das Schweizer Sozialsystem zu integrieren. Vor allem

Migrantinnen mit niedrigem Bildungsniveau haben Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden und sind oft gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Auch der Zugang zu Gesundheitsdiensten ist schwierig. Der Zugang zu genauen und angemessenen Informationen über die Gesundheit von Frauen kann durch Sprachbarrieren und kulturelle Barrieren zusätzlich erschwert werden.

All diese Fakten zeigen deutlich, dass Frauen selbst in einem wohlhabenden Land wie der Schweiz immer noch mit mehrdimensionalen Ungleichheiten konfrontiert sind. Frauen sind einer vielschichtigen Diskriminierung am Arbeitsplatz, zu Hause, im öffentlichen Raum und im Zusammenhang mit ihrer Migrationsidentität ausgesetzt. Geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten bestehen nicht nur als individuelles Problem, sondern auch als strukturelles Problem fort. Dieser Kampf von Frauen und LGBTQIA+-Personen aus verschiedenen

Gesellschaftssegmenten ist nicht nur eine Suche nach Rechten, sondern auch ein Bemühen um Solidarität, Existenz und Veränderung.

Gerade deshalb ist es so wichtig, aufzustehen, sichtbar zu sein und sich gemeinsam gegen die seit Jahren bestehenden Ungleichheiten auszusprechen. Die Streiks vom 14. Juni symbolisieren den kollektiven Widerstand der Frauen gegen diese historischen und strukturellen Ungerechtigkeiten. Schauen wir uns einmal genauer an, wie sich dieser Kampf von der Vergangenheit bis zur Gegenwart entwickelt hat und warum es auch heute noch wichtig ist, sich an diesen Streiks zu beteiligen.

Juni 1991 Frauenstreik: Geschichte und
Bedeutung

Die Streiks vom 14. Juni in der Schweiz, die erstmals 1991 mit den Forderungen der Frauen nach Gleichstellung stattfanden, sind von historischer Bedeutung. Die Frauen, die die Umsetzung des 1981 in die Schweizer Verfassung aufgenommenen Gleichstellungsartikels forderten, gingen auf die Straße, weil dieser Artikel gesetzlich nicht garantiert war. Die Frauen forderten unter anderem gleichen Lohn, bessere Bildungschancen, ein Ende der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, Gleichheit bei der sozialen Sicherheit, mehr Kindertagesstätten und die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen. Die Frauen organisierten auch Proteste gegen soziale Probleme wie sexuelle Gewalt, sexistische Werbung, Pornografie und häusliche Gewalt.

Von Spanien bis Afrika, von Australien bis Indien, wurde diese Aktion von vielen Medien in der ganzen Welt aufgegriffen, darunter viele manipulative Nachrichten, vor allem in der Schweiz, die versuchten, eine Feierstimmung zu erzeugen. Die Medien tendierten dazu, den

Streik zu entpolitisieren und die sozialen Forderungen herunterzuspielen. Die Tatsache, dass die Gleichstellungsklausel, die der Hauptgrund für den Streik war, zehn Jahre später immer noch nicht gesetzlich verankert war, und das Fehlen einer eingehenden Analyse der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern offenbarten jedoch die von Männern dominierte Struktur der Medien jener Zeit.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, es handele sich um eine "Feier", aber in Wirklichkeit war es ein Streik, ein politischer Aufstand der Frauen. Die Frauen erhoben ihre Forderungen nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen den Staat. Unter dem Motto „Wenn die Frauen es wollen, bleibt alles stehen“, war dieser Streik keine wirtschaftliche, sondern eine politische Bewegung.

Der Streik war eine Aktion, mit der die Frauen ihre Forderung nach Gleichstellung nicht nur am Arbeitsplatz, sondern in allen Lebensbereichen zum Ausdruck brachten. Außerdem beschränkte sich diese Frauenbewegung nicht nur auf berufstätige Frauen, sondern umfasste auch verschiedene Gruppen wie Hausfrauen, Studentinnen und selbständige Frauen. Dies führte dazu, dass sie als ein Streik diskutiert wurde, der nicht der traditionellen Definition eines Streiks entsprach. Der Historiker Bernard Degen hielt die klassische Definition eines Streiks für einen Frauenstreik für unzureichend, und feministische Aktivistinnen stellten den sexistischen Charakter dieser Definition in Frage. Die Frauen begannen einen breiteren Kampf für ihre Rechte, um die von Männern dominierten Berufsbilder der Industriegesellschaften zu überwinden. Einer der Faktoren, die den Frauenstreik 1991 am stärksten beeinflussten, waren die Ungleichheiten, mit denen Frauen damals in der Schweiz bei der Arbeit konfrontiert waren. So erhielten etwa 1.000 Frauen, die in der Uhrenindustrie arbeiteten, weniger Lohn, obwohl sie die gleiche Arbeit wie Männer verrichteten. Diese Ungerechtigkeit wurde noch dadurch verschärft, dass die Gleichstellung der Frauen gesetzlich nicht garantiert war. Ein weiteres wichtiges Merkmal des Streiks war, dass er sich nicht auf wirtschaftliche Forderungen beschränkte, sondern als Widerstand gegen die Ungleichheit der Geschlechter gestaltet wurde.

Die Streikkultur in der Schweiz war geprägt von friedlichen Verhandlungen und Streikverboten durch die Gewerkschaften. Die Frauen überwandern jedoch diese Kultur und beteiligten sich an Streiks und Demonstrationen. Die Medien und die Arbeitgeber versuchten, den Streik zu verhindern, indem sie die Frauen bedrohten. Den Frauen gelang es jedoch, trotz dieser Drohungen solidarisch zu handeln. In vielen Betrieben wurden die Streiks mit Transparenten und Slogans unterstützt. Diese Aktionen ermöglichten es den Frauen, den öffentlichen Raum zu erobern und ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Obwohl seit dem Frauenstreik von 1991 viele Jahre vergangen sind, sind die Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung immer noch gültig. Am 14. Juni 2019 brachte der zweite

Frauenstreik die Forderungen von 1991 wieder auf die Tagesordnung. Diesmal lauteten die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) formulierten Forderungen "Lohn. Zeit. Respekt". Diese Forderungen umfassten die finanzielle Anerkennung des Beitrags der Frauen zur Erwerbsarbeit, mehr Zeit und Geld für die Pflegearbeit und den Kampf gegen Sexismus.

Nach 1991 wurden einige Fortschritte im Kampf für die Rechte der Frauen erzielt. So wurde 1995 das Gleichstellungsgesetz verabschiedet, 2002 eine Frist für den Schwangerschaftsabbruch eingeführt und 2005 eine Mutterschaftsversicherung institutionalisiert. Grundlegende

Forderungen wie die nach gleichem Lohn blieben jedoch unerfüllt. Deshalb gehörte die Lohngleichheit auch beim zweiten Streik am 14. Juni 2019 zu den zentralen Forderungen.

Die Auswirkungen der Frauenbewegung waren nicht nur in der Schweiz, sondern auch weltweit zu spüren. Im Jahr 2021 beteiligten sich in der Schweiz mehr als 100 000 Menschen an einem

Frauenstreik. Dieser Streik wurde zum Symbol des Kampfes der Frauen für die gesellschaftliche Gleichstellung und unterstreicht bis heute die Bedeutung des Kampfes für die Rechte der Frauen.

Faas-Hardegger und der Kampf der Frauen

Margarethe Faas-Hardegger hat die Frauenbewegung in der Schweiz entscheidend mitgeprägt. Faas-Hardegger kämpfte für die gewerkschaftliche Organisation von Arbeiterinnen und setzte sich für mehr Rechte für Frauen nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Gesellschaft ein. Sie forderte auch das Frauenstimmrecht, Sexualerziehung für Mädchen, Verhütungsmittel und eine Mutterschaftsversicherung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sie sich intensiv für die Stärkung der Arbeitnehmerinnen ein und sorgte für deren Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung.

Faas-Hardegger führte 1907 auch eine andere Perspektive auf den Begriff der „proletarischen Frau“ ein. Sie argumentierte, dass Frauen nicht nur durch bezahlte Arbeit, sondern auch durch ihre häusliche Arbeit zur gesellschaftlichen Produktion beitrugen. Sie betonte, dass Frauen nicht nur zu Hause, sondern auch im öffentlichen Raum Rechte hätten, und leistete mit dieser Sichtweise einen wichtigen Beitrag zum Kampf der Frauen um Gleichberechtigung. Im Jahr 1907 schrieb sie über die „**proletarische Frau**“ Folgendes:

"Eine proletarische Frau ist eine Frau, die für einen Herrn arbeitet. Es macht keinen Unterschied, ob dieser Herr der Staat, die Firma, der Fabrikant, der Vorgesetzte oder der Ehemann heißt! Es macht keinen Unterschied, ob die Arbeit mechanisch, manuell oder geistig ist; ob sie als Beruf oder als ‚Beruf, der der Frau aufgrund ihres Geschlechts zufällt‘ betrachtet wird; ob sie bezahlt wird oder nicht! Alle

Frauen und Mädchen, die zum Nutzen eines anderen arbeiten, sind Proletarierinnen."

Am 1. Mai 1908 rief sie die Arbeiterinnen auf: **"An euch! Arbeiterinnen in Fabriken, Werkstätten und Heimen. Nehmt einen Tag lang eure Freiheit wahr. Verlasst eure Arbeit!"**, ging sie über die Gewerkschaften hinaus und setzte sich für die Organisation spontaner Streiks ein. Diese Aktionen trugen dazu bei, die Macht der Frauen in der Arbeiter:innenbewegung und ihre Forderungen auf gesellschaftlicher Ebene zu erweitern.

Der radikale Ansatz von Faas-Hardegger ermutigte die Arbeiterinnen in der Schweiz, einen breiteren Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu führen. Die Frauenstreiks von 1991 und danach wurden durch das Streben nach Gleichberechtigung und Rechten, das Pionierinnen wie Faas-Hardegger vertraten, untermauert.

Warum ist der Streik vom 14. Juni immer noch wichtig?

Der 14. Juni 2025 ist ein wichtiges Datum für die Frauenbewegung in der Schweiz, und die Teilnahme an dieser Aktion hat immer noch eine grosse Bedeutung. Denn dieser Streik, der 1991 begann, hat nach wie vor eine grosse Bedeutung, nicht nur als Gedenken an die Forderungen von damals, sondern auch als lebendiger Protest, der uns daran erinnert, dass der Kampf für die Rechte der Frauen auch heute weitergeht. Deshalb ist es auch im Jahr 2025 wichtig, sich an dieser Aktion zu beteiligen:

1. Unzureichende rechtliche Schritte zur Gleichstellung: 1991 gingen die Frauen auf die Straße, um die Aufnahme einer Gleichstellungsklausel in die Schweizer Verfassung zu fordern, die rechtlich noch immer nicht vollständig umgesetzt ist. Auch heute sind diese Artikel noch nicht vollständig umgesetzt. Grundlegende Fragen wie Lohnungleichheit, Arbeitsplatzsicherheit und soziale Rechte bleiben ungelöst. Dieser Streik im Jahr 2025 ist eine gute Gelegenheit, um auf diese noch immer nicht verwirklichten Forderungen nach Gleichstellung hinzuweisen.

2) Sexistische Strukturen und soziale Ungleichheiten bestehen fort: Es gibt eine gesellschaftliche Realität, in der Frauen immer noch für einen geringeren Lohn als Männer arbeiten, diskriminiert werden, selbst wenn sie die gleiche Position wie Männer im gleichen

Beruf innehaben, und in der sexistische Muster und Stereotypen Hindernisse für die berufliche Laufbahn von Frauen darstellen. Strukturelle Probleme wie die Unterbewertung der

Frauenarbeit und die Tatsache, dass die Betreuungsarbeit immer noch weitgehend auf den Schultern der Frauen lastet, haben sich im Laufe der Jahre kaum geändert. Sich am 14. Juni 2025 gegen diese Ungleichheiten zu versammeln, bedeutet, der Welt noch einmal zuzurufen, dass diese Probleme nicht ignoriert werden können.

3) Geschlechtsspezifische Gewalt und die Rolle der Istanbul-Konvention: In einer Zeit, in der häusliche Arbeit und Gewalt gegen Frauen zunehmen, ist es wichtiger denn je, die Rechte der Frauen zu verteidigen. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur körperliche, sondern auch psychische, sexuelle und wirtschaftliche Gewalt. Der Feminismus setzt sich nicht nur für die Gleichstellung in der Arbeitswelt ein, sondern auch für die Abschaffung von häuslichen Rollen, Gewalt und Diskriminierung. Dieser Streik im Jahr 2025 ist eine wichtige Gelegenheit, um die häusliche Arbeit von Frauen und die Probleme von Frauen, die Opfer von Gewalt sind, sichtbar zu machen. Mit der Unterzeichnung und Umsetzung der IstanbulKonvention wird zudem ein starker rechtlicher

Rahmen gegen Gewalt geschaffen. Die Schweiz unterzeichnete die Istanbul-Konvention im September 2013 und ratifizierte sie am 14. Dezember 2017. Seit dem 1. April 2018 ist die IstanbulKonvention in der Schweiz in Kraft. Allerdings gibt es noch Lücken und Schwierigkeiten bei der vollständigen Umsetzung der Konvention. Mit dem Streik 2025 wird das Engagement zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einmal mehr unter Beweis gestellt und Druck auf die Erfüllung der Anforderungen der Istanbul-Konvention ausgeübt.

4. die Beteiligung und Sensibilisierung von jungen Frauen: Der 14. Juni 2025 ist auch eine wichtige Gelegenheit, den Kampf für die Rechte der Frauen an die jüngeren Generationen weiterzugeben. Frauen sollten sich nicht nur daran erinnern, was in der Vergangenheit geschehen ist, sondern auch dafür sorgen, dass sich die jüngeren Generationen an diesem Kampf beteiligen. Diese Aktion wird es jungen Frauen ermöglichen, das Bewusstsein für die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu schärfen, für ihre Rechte einzutreten und zum sozialen Wandel beizutragen.

5. internationale Solidarität für die Gleichberechtigung der Geschlechter: Die Streiks am 14. Juni waren ein wichtiges Symbol für eine Frauenbewegung nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit. Die Teilnahme an dieser Aktion zeigt, dass Frauenrechte ein globaler Kampf sind, nicht nur ein lokaler, und dass Frauen sich eine stärkere Stimme geben können, wenn sie sich gegenseitig unterstützen. Internationale Solidarität stärkt die Frauenrechtsbewegung und symbolisiert die Kraft der Frauen, die sich weltweit für Gleichberechtigung einsetzen.

6. Die Frauen sichtbar machen: Die Sichtbarkeit von Frauen in der Gesellschaft ist der erste Schritt zu positiven Veränderungen in der Sozialstruktur. Die Proteste vom 14. Juni werden die Präsenz der Frauen in der Öffentlichkeit stärken und sie im Kampf gegen die Ungleichheit der Geschlechter lauter werden lassen.

Somit ist der 14. Juni 2025 eine sehr wichtige Gelegenheit, um zu betonen, dass der Kampf für die Rechte der Frauen weitergeht und dass dieser Kampf nicht nur ein historischer Moment ist, sondern eine lebendige Bewegung. Frauen sollten sich an dieser Aktion beteiligen, um einmal mehr ihre Haltung gegen die seit Jahren bestehenden Ungleichheiten zu zeigen und den sozialen Wandel zu beschleunigen. Diese Aktion ist nicht nur eine Erinnerung an die Forderungen der Vergangenheit, sondern auch ein Mittel, um der Welt zu zeigen, wie entschlossen die Frauen für gleiche Rechte sind.

Kleine Chronologie der Frauenrechte in der Schweiz

1971 erhalten die Frauen auf eidgenössischer Ebene das Stimm- und Wahlrecht.

1978 erhalten die Frauen mit dem neuen Kindsrecht gleichberechtigt die «elterliche Sorge» über ihre Kinder.

1981 wird der Grundsatz der Gleichbehandlung von Frau und Mann und der Anspruch auf gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit in der Verfassung verankert.

1988 stellt das neue Ehegesetz die Frauen den Männern gleich. So verschwindet z.B. die Bestimmung aus dem Ehegesetz, wonach der Mann das Oberhaupt der Familie ist und die Frau den Haushalt zu führen hat.

1990 erfolgt die Gleichstellung in Bezug auf das Bürgerrecht. Frauen, die einen Schweizer heiraten, erhalten nicht mehr automatisch das Schweizer Bürgerrecht.

1990 haben alle Kantone und Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht der Frauen eingeführt.

1991 findet der erste landesweite Frauenstreik unter dem Motto «Wenn frau will, steht alles still» statt.

1996 tritt das Gleichstellungsgesetz in Kraft, welches die Beseitigung struktureller Benachteiligungen der Frau im Erwerbsleben (geringe Löhne, ungleiche Anstellungs- und Beförderungschancen, sexuelle Belästigung) zum Ziel hat.

1997 ratifiziert die Schweiz die UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW), die von zentraler Bedeutung ist für die Gleichstellung der Frau.

1999 wird der Gleichstellungsartikel im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung mit der «rechtlichen und tatsächlichen» Gleichstellung ergänzt.

2000 tritt das neue Scheidungsrecht in Kraft.

2003 tritt das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft.

2004 werden Gewalthandlungen in Ehe und Partnerschaft neu von Amtsentzug wegen als Delikt verfolgt und sanktioniert.

2005 wird die Mutterschaftsentschädigung aufgrund einer Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) eingeführt.

2006 wird Artikel 28b ZGB verabschiedet, durch den Zivilgerichte zum Schutz der Opfer einer gewalttätigen Person anweisen können, die gemeinsame Wohnung zu verlassen.

2006 tritt das Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) in Kraft. Dadurch erhalten Familien eine einmalige oder periodische Geldleistung, die ausgerichtet wird, um die finanzielle Belastung durch ein oder mehrere Kinder teilweise auszugleichen.

2008 ratifiziert die Schweiz das Fakultativprotokoll zur UNO-Frauenrechtskonvention, welches die Möglichkeit vorsieht, sich gegen einen letztinstanzlichen innerstaatlichen Entscheid mit einer Beschwerde an den CEDAW-Ausschuss zu wenden.

2012 tritt die neue Strafbestimmung gegen die Verstümmelung von weiblichen Genitalien in Kraft.

2013 tritt das neue Namensrecht in Kraft, womit endlich die Gleichstellung in Bezug auf das Namensrecht verwirklicht wird.

2014 wird die gemeinsame elterliche Sorge zur Regel.

2017 ratifiziert die Schweiz das Europarats-Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention).

2019 findet der zweite landesweite Frauenstreik unter dem Motto «Lohn, Zeit, Respekt» statt.
2020 werden Lohnungleichheitsanalysen für Betriebe mit mehr als hundert Mitarbeitenden obligatorisch. Sanktionen bei ungleichen Löhnen gibt es keine.

2021 feiert die Schweiz fünfzig Jahre eidgenössisches Frauenstimmrecht.

2021 beschliesst der Bundesrat die erste nationale Gleichstellungsstrategie. Die Gleichstellungsstrategie 2030 setzt vier Schwerpunkte: die Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Prävention von Gewalt und die Bekämpfung von Diskriminierung.

- ⑨ In der Schweiz wurde den Frauen am 7. Februar 1971 in einer eidgenössischen Volksabstimmung, an der nur der männliche Teil der Bevölkerung teilnahm, das Stimmrecht auf Bundesebene zugestanden. Damit wurde die Schweiz zu einem der letzten europäischen Länder, das seiner Bevölkerung das volle Bürgerrecht zugestand. Das Frauenwahlrecht trat in der Schweiz offiziell am 16. März 1971 in Kraft.

Auf kantonaler Ebene waren Waadt und Neuenburg die ersten Kantone, die 1959 und Genf 1960 das Frauenwahlrecht anerkannten. Nach der Einführung auf Bundesebene dauerte es jedoch noch zwanzig Jahre, bis es in allen Kantonen umgesetzt wurde: Am 27. November 1990 hiess das Bundesgericht eine Beschwerde von Frauen aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden gut und bestätigte die Verfassungswidrigkeit der Innerrhoder Kantonsverfassung in diesem Punkt.[2] Appenzell Innerrhoden war der letzte Kanton, der den Frauen das Stimmrecht auf kantonaler Ebene zugestand,

entgegen einem Beschluss des mit einer männlichen Mehrheit besetzten Kantonsrats vom 29. April 1990.

Der Hauptgrund für die relativ späte Umsetzung liegt im politischen System der Schweiz. Während Vorschläge für eine Bundes- oder Kantonsverfassung der obligatorischen Zustimmung des Stimmvolkes bedürfen, kann in anderen Ländern das Frauenstimmrecht durch einen Parlamentsbeschluss realisiert werden. Die Anerkennung des Wahlrechts auf verschiedenen Ebenen erforderte jeweils eine Mehrheit der stimmberechtigten Männer.